

Interview mit Norbert Schwaiger: die Entwicklung der Transparenz im Rat (Brüssel, 22. November 2006)

Quelle: Interview de Norbert Schwaiger / NORBERT SCHWAIGER, Raquel Valls.- Bruxelles: CVCE [Prod.], 22.11.2006. CVCE, Sanem. - VIDEO (00:09:40, Couleur, Son original).

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_norbert_schwaiger_die_entwicklung_der_transparenz_im_rat_brussel_22_november_2006-de-81d003a1-c222-4b7e-b733-35be6ce62294.html



Publication date: 05/07/2016

Interview mit Norbert Schwaiger: die Entwicklung der Transparenz im Rat (Brüssel, 22. November 2006)

[Raquel Valls] Welches Ereignis rückte die Transparenz in das Zentrum des Interesses der Gemeinschaft?

[Norbert Schwaiger] Zunächst gab es den Eindruck, dass mit der Entwicklung der gemeinschaftlichen Aktivitäten auch die Aktivitäten des Pressedienstes entwickelt werden mussten. Intern gab es nicht viele Personen, die uns unterstützten, denn die meisten Beamten unterlagen der Schweigepflicht / der Vertraulichkeit, und dementsprechend war auch ihre Überzeugung. Wir erfuhren eine gewisse Unterstützung an der Spitze des Sekretariats, durch den Generalsekretär, oder die verschiedenen Generalsekretäre und ihre Kabinettschefs; die wussten, was wir taten und dass wir verantwortungsvoll waren, und sie unterstützten und ermutigten uns. Wir blieben trotzdem immer sehr diskret, aber nach und nach wurden unsere Informationstätigkeiten akzeptiert. Wie versuchten auch, mehr in die Kommuniqués aufzunehmen. Wenn es zum Inhalt keinen Beschluss gab, sondern nur einen Beschluss zum Verfahren – wenn es beispielsweise Fortschritte oder Einschätzungen gab, die in den Vorbereitungsgremien vertieft werden sollten –, dann erwähnten wir das. Wir berichteten nicht nur, dass der Rat sich das nächste Mal oder in einigen Monaten noch einmal mit dem Thema befassen würde, sondern wir merkten an, dass er den Ausschuss der Ständigen Vertreter oder den Sonderausschuss Landwirtschaft oder die Vorbereitungsgremien im Allgemeinen mit der Untersuchung einer bestimmten Frage beauftragt hat. Und manchmal gab der Rat Leitlinien aus – in welche Richtung umstrittene Fragen behandelt werden sollten, um eine Lösung zu finden.

So haben wir also durch die Praxis unsere Aktivitäten entwickelt, da man gesehen hat, dass wir keine Probleme schafften. Aber die Grundregeln blieben dieselben, bis man im Zusammenhang mit dem Ratifizierungsprozess des Maastricht-Vertrags gesehen hat, dass die Ratifizierung in Gefahr war, bzw. in einigen Mitgliedstaaten bereits aufgeschoben war. Das auslösende Moment war das negative Abstimmungsergebnis bei der Volksbefragung in Dänemark, das zu jenem Zeitpunkt zum Nachdenken innerhalb der Gemeinschaft, des Rates und seiner Organe angeregt hat. Bei der Analyse dieser Situation – Scheitern in Dänemark, Gefahr eines Scheiterns bei der Volksabstimmung in Frankreich oder bei der Abstimmung im britischen Parlament, denn alles das war in Zweifel gebracht –, haben wir festgestellt, dass möglicherweise ein Mangel an Information oder die Tatsache, dass wir unangemessene Informationen herausgegeben hatten, für diese Situation verantwortlich waren. Es gab übrigens eine Sondertagung in Birmingham, auf der diese Situation analysiert wurde und auf der einige Schlussfolgerungen zum Mangel an Information oder zur angemessenen Information angenommen wurden. Zu jenem Zeitpunkt hat man in gewisser Weise zum ersten Mal von Transparenz und von einem neuen Ansatz der Informationspolitik des Rates gesprochen. Diese Diskussion wurde in geordneterer Weise auf dem Europäischen Rat von Edinburgh weiter geführt, auf dem es eine lange Liste von Themen gab und auf dem in gewisser Hinsicht eine Bestandsaufnahme aller Themen gemacht wurde, die akut oder zu entwickeln waren, und darunter gab es auch ein Kapitel zur Transparenz, die es zu verbessern galt. Das Sekretariat hatte Beiträge beigesteuert, und man hatte mich beispielsweise gebeten, etwas darüber zu schreiben, wie man die Information seitens des Rates und über den Rat im Allgemeinen verbessern könnte.

Zu jenem Zeitpunkt stützten wir uns ein wenig auf unsere Praktiken – die Briefings vor den Ratstagungen –, und um ihnen mehr politisches Gewicht zu verleihen, fragten wir uns, ob diese Briefings in der Zukunft nicht besser vom Vorsitz gehalten werden sollten. Das musste nicht unbedingt der Sprecher sein, sondern beispielsweise der Botschafter oder der Ständige Vertreter im Ausschuss I. Dabei achteten wir darauf, unsererseits vorzuschlagen, dass der Pressedienst des Sekretariats eingebunden wurde, und außerdem erwähnten wir unsere Hintergrundinformationen, zu deren Entwicklung wir ermutigt worden waren. Wir sollten auch Themen behandeln, die in der Entstehung begriffen waren, d. h. die verstärkte politische Zusammenarbeit und später der Bereich „Justiz und Inneres“. Das bedeutete eine große Befriedigung für uns, andererseits bestand eine gewisse Gefahr. Wenn die Briefings formell werden würden oder zumindest der Botschafter sprechen würde, dann wäre das zwar im Grunde genommen immer noch *off the record*, würde aber einen ganz anderen Eindruck machen als wir vom Pressedienst. Es entstand ein System mit zwei Akteuren: Der Vorsitz machte das Briefing – mehr oder weniger inoffiziell, aber doch vor der Presse –, und wir und die Beamten des Vorsitzes standen nachher in den Fluren für zusätzliche Informationen oder Erklärungen zur Verfügung, die manchmal notwendig waren. Und wir wurden aufgefordert, unsere

Hintergrundinformationen weiterzuentwickeln, die dann mit dem Briefing des Vorsitzes auf den Tisch kamen. Beide ergänzten einander sehr gut.

Von da an stand die Transparenz quasi ständig auf der Tagesordnung des Rates und der verschiedenen Tagungen des Europäischen Rates, bis man daran dachte, Bestimmungen zur Transparenz in die Verträge aufzunehmen. Schon der Vertrag von Amsterdam und später der Vertrag von Nizza enthielten zwar keine Kapitel, aber doch Bestimmungen, um diesen neuen Ansatz der Transparenz weiter zu entwickeln. Eines muss ich vielleicht noch sagen: Dabei handelt es sich nicht nur um die Information über das aktuelle Tagesgeschehen im Rat; man hatte auch festgestellt, dass der Rat als Organ in der breiten Öffentlichkeit praktisch unbekannt war. Viele Menschen verbanden mit Brüssel vor allem die Kommission. Das ist bis heute noch oft der Fall. Andererseits waren die einzelnen Akteure des Rates, das heißt die Minister, sehr auf Information in ihrem jeweiligen Land bedacht. Und das hat sich bis heute nicht geändert. Für einen Mitgliedstaat ist es von grundlegender Bedeutung, seiner Öffentlichkeit, das heißt seiner Presse als Vermittler von Informationen, zu erklären, welche Probleme sich für das Land aus diesem oder jenem Dossier ergeben, wo die nationalen Interessen liegen und, wenn es Ergebnisse gibt, die Lösungen als Erfolg für das Land zu präsentieren. Aus Sicht der Hauptstädte ist Brüssel in gewisser Weise nur ein Nebenschauplatz der einzelstaatlichen Politik.

Das ist also ein Phänomen, das bis heute existiert – vielleicht können wir später noch einmal darüber sprechen. Trotzdem ist der Begriff „Transparenz“ ein Teil der Welt des Rates, und wir haben sie bis in die letzten Jahre hinein mit schöner Regelmäßigkeit weiterentwickelt.